



Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung wünschen Ihnen Frohe Weihnachten und schöne Feiertage. Vielen Dank für Ihre Treue und für Ihre Unterstützung. Der nächste Newsletter erscheint am 7. Januar 2013.

Frankreich und die Türkei: Neue Perspektiven für eine jahrhundertealte Beziehung



Autor : Laurent Fabius

In Zusammenarbeit mit der Zeitschrift "Turkish Policy Quarterly" veröffentlicht die Robert Schuman Stiftung einen Artikel des französischen Außenministers Laurent Fabius mit dem Titel "Frankreich und die Türkei: Neue Perspektiven für eine jahrhundertealte Beziehung" ("France et Turquie: de nouveaux horizons pour une relation séculaire"), veröffentlicht am 30. November 2012. Die Stiftung veröffentlicht darüber hinaus einen Beitrag von Nigar Goksel, Chefredakteurin der Zeitschrift, über die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Atlas/EU - Gleichstellung - TV-Sendung - Balkan **Wahlen** : Tschechien
Finanzkrise : Italien - Eurogruppe - Polen - Frankreich - Spanien - Bulgarien - Slowakei - Ungarn - Estland **Europäischer Rat** : Beschlüsse **Kommission** : Singapur - Unternehmen - Automobil **Parlament** : Finanzen - Haushalt - Digitalisierung - Zentralamerika - Patent - Albanien **Rat** : Bankenaufsicht - Wettbewerb - Diplomatie
Gerichtshof : Parlament/Straßburg **Deutschland** : Steuern/Schweiz
Estland : Regierungsumbildung **Frankreich** : Haushalt 2013 **Litauen** : Regierung
Malta : Auflösung **Tschechische Republik** : Regierungsumbildung
Rumänien : Regierung **Großbritannien** : Libor - Energie **Ukraine** : Regierung
UNO : Serbien **Eurostat** : Beschäftigung - Inflation - Außenhandel
Berichte/Studien : Eurozone - Haushalt - Demographie **Veröffentlichungen** : Krim
Kultur : Konzert/Wien

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Kaufen Sie jetzt die aktualisierte 2. Auflage des Atlas der Europäischen Union!



Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht die 2. aktualisierte und erweiterte Auflage des Atlas der Europäischen Union. Der Atlas gibt einen Überblick über die Europäische Union, ihre Institutionen und jeden Mitgliedstaat, dessen Geschichte und Kultur vorgestellt und durch Statistiken und Übersichten erläutert wird. Durch den Erwerb des Atlas im Druckformat erhalten Sie Zugang zu den Internetseiten www.atlas-

permanent.eu, wo der Inhalt des Atlas jederzeit in aktualisierter Form verfügbar ist. Sie können den Atlas über die Seiten der Stiftung online bestellen... [Fortsetzung](#)

Melden Sie sich jetzt an für die Frauengleichstellungskonferenz!



Am 21. Dezember 2012 wird in Paris die 2. Frauengleichstellungskonferenz stattfinden. Die Konferenz ist dem Thema 'beruflicher Erfolg von Frauen' gewidmet; es sollen alle Themen in diesem Zusammenhang erörtert werden (Einstellungspraxis, Mentoring, gleiche Bezahlung, Beförderung, Zugang zu Entscheidungsgremien, etc.). Es werden über 2000 Teilnehmer(innen) erwartet, um mit Experten und Fachleuten neue Ansätze zu diskutieren und neue Ideen zu entwickeln. Über 60 Aussteller werden vor Ort sein. Eine Teilnahme ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich - es bleiben nur noch wenige Tage Zeit... [Fortsetzung](#)

Ici l'Europe mit Daniel Cohn-Bendit



Im Rahmen der Kooperation der Robert Schuman Stiftung mit der Sendergruppe "Audiovisuel extérieur de la France (AEF)" zeigt die Stiftung auf ihrer Internetseite die aktuelle Ausgabe der Sendung "Ici l'Europe" mit Daniel Cohn-Bendit als Studiogast, Vizepräsident der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Er wird vom Präsidenten der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, interviewt. Daniel Cohn-Bendit spricht über die Krise und fordert mehr Föderalismus... [Fortsetzung](#)

Europäische Zukunft des Balkans



Die Robert Schuman Stiftung organisiert zwei Veranstaltungen zur Frage der möglichen europäischen Integration des Montenegro und des Kosovo. Am 19. Dezember 2012 wird der Staatssektretär Montenegros, Andrija Pejovic, Chefunterhändler für die Beitrittsverhandlungen seines Landes zur Europäischen Union, zu den "Herausforderungen Montenegros bei einer Erweiterung der Europäischen Union im Kontext der Krise" sprechen. Am 20. Dezember 2012 wird Vlora Citaku, Ministerin für europäische Integration des Kosovo, sich zu den "Aussichten einer europäischen Integration des Kosovo" äußern... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Erste Direktwahl eines tschechischen Präsidenten



Am 11. und 12. Januar 2013 wird der neue tschechische Präsident erstmals per Direktwahl gewählt werden. Vaclav Klaus (demokratisch-bürgerliche Partei, ODS) ist bereits seit 10 Jahren im Amt (nach 2 Wahlperioden) und darf sich nicht wieder zur Wahl stellen. Falls kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, wird es am 25. und 26. Januar 2013 einen zweiten Wahlgang geben. 9 Kandidaten stellen sich zur Wahl: Jan Fischer (unabhängig), ehemaliger Premierminister (2009-2010); Jiri Dienstbiere (CSSD); Milos Zeman (SPOZ); ehemaliger Premierminister (1998-2002); Premysl Sobotka (ODS), Vizepräsident des Senats; Karel Schwarzenberg (TOP 09), aktueller Außenminister; Zuzana Roithova (KDU-CSL), Europaabgeordnete und ehemalige Ministerin; Tatana Fischerova (unabhängig), Schauspielerin; Vladimir Franz (unabhängig), Komponist und Jana Bobosikova (SBB)... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Schuldenstand Italiens übersteigt 2000 Milliarden Euro



Erstmals hat der italienische Schuldenstand im Oktober 2012 die Marke von 2000 Milliarden Euro überstiegen, wie aus einem Text der italienischen Zentralbank vom 14. Dezember 2012 hervorgeht. Im Oktober 2012 betrug die Gesamtverschuldung 2 014,693 Milliarden Euro gegenüber 1 995,143 Milliarden Euro im Vormonat und gegenüber 1 916,402 Milliarden Euro im Oktober 2011. Auch wenn Italien während der letzten Monate niedrigere Zinsen für Kredite zur Refinanzierung seiner Schulden zahlen musste, liegen die Kreditzinsen höher als diejenigen, die die übrigen Länder der Eurozone zahlen müssen... [Fortsetzung](#)

Ergebnisse des Treffens der Eurogruppe zu Zypern und Griechenland



Die 17 Minister der Eurogruppe zeigten sich am 13. Dezember 2012 zufrieden mit den Reformanstrengungen Zyperns zur Konsolidierung seiner Wirtschaft. Sie gaben bekannt, dass es demnächst eine Einigung geben wird bezüglich einer Finanzhilfe für das Land. Darüber hinaus stimmten sie für die Freigabe einer zweiten Tranche an Hilfszahlungen an Griechenland im Umfang von 49,1 Milliarden Euro; hiervon werden 34,3 Milliarden Euro innerhalb der nächsten Tage ausgeschüttet werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Diete stimmt für Haushalt 2013 entsprechend dem Vorschlag der polnischen Regierung



Am 12. Dezember 2012 stimmten die Abgeordneten der Diete (des Parlaments) mit 233 gegen 221 Stimmen für den Haushalt 2013. Der Haushaltsentwurf basiert auf einer Wachstumsprognose von 2,2% des BIP, auf einer Erhöhung der Exporte um 4%, auf einer Steigerung der Importe um 2,8% und der Binnennachfrage um 1,7%. Investitionen sollen um 0,7% steigen und die Inflation wird voraussichtlich bei 2,7% liegen. Die Beschäftigung soll um 0,2% steigen und der durchschnittliche Bruttolohn in der nationalen Wirtschaft um 4,6%... [Fortsetzung](#)

Weniger Angestellte in Frankreich im 3. Quartal 2012



Am 11. Dezember 2011 veröffentlichte das nationale französische Statistikinstitut INSEE neue Schätzungen zur Zahl der angestellten Beschäftigten im 3. Quartal 2012. Entsprechend der Schätzungen waren die Zahlen auch im 3. Quartal 2012 rückläufig, es gab einen Rückgang von insgesamt 47000 Stellen (-16000 Stellen im vorherigen Quartal). In der Industrie gab es einen Rückgang um 0,2% (-5500 Stellen)... [Fortsetzung](#)

Rekordniveau der Verschuldung in Spanien



Am 14. Dezember 2012 gab die spanische Nationalbank bekannt, dass die Verschuldung Spaniens Ende September 2012 ein historisches Rekordniveau erreicht habe mit 77,4% des BIP. Die Verschuldung des Landes ist um 10,7% gestiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, sie liegt weit über dem vom europäischen Stabilitätspakt vorgegebenen Limit (60%)... [Fortsetzung](#)

Bericht des IWF zu Bulgarien



Am 13. Dezember 2012 veröffentlichte der IWF seinen Bericht zur wirtschaftlichen Situation in Bulgarien. Der Bericht nennt positive Entwicklungen (stabile öffentliche Finanzen, bessere Nutzung der europäischen Hilfgelder) wie auch negative (schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, unsicheres Umfeld für Unternehmer und Investoren). Der Bericht enthält Empfehlungen zur Verbesserung der Gesamtsituation: Haushaltsüberschüsse als Spareinlagen zurück legen, Privatisierungen voran bringen, Stärkung des Bankensystems, mehr Investitionen in Infrastrukturen und eine Reform des Arbeitsmarktes... [Fortsetzung](#)

Slowakisches Parlament stimmt für Haushalt 2013



Am 13. Dezember 2012 stimmten die Abgeordneten des slowakischen Parlaments für den Haushalt 2013, der eine starke Reduzierung des Haushaltsdefizits auf 2,94% des BIP vorsieht, gegenüber 4,6% Defizit, die für 2012 erwartet werden. Premierminister Robert Fico erklärte: "Der Haushalt basiert auf den Prinzipien der Solidarität, inklusiv Sparmaßnahmen, die von Monopolen, Banken, Gesellschaften und Personen mit hohen Einkommen getragen werden müssen"... [Fortsetzung](#)

Sparhaushalt in Ungarn



Am 11. Dezember 2012 stimmten die Abgeordneten des ungarischen Parlaments mit 278 Stimmen bei 79 Gegenstimmen und 1 Enthaltung für den Haushalt 2013, der von einem Defizit in Höhe von 2,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgeht und von einem Wachstum in Höhe von 0,9% des BIP, bei einer Inflationsrate von 5,2%... [Fortsetzung](#)

Estland stimmt für Haushalt 2013 auf Basis eines Defizits in Höhe von 0,7% des BIP



Am 12. Dezember 2012 stimmten die Abgeordneten des Parlaments in Estland (Riigikogu) mit 55 gegen 37 Stimmen für den Haushalt 2013, der von einem Defizit in Höhe von 0,7% des BIP ausgeht und von einem Wachstum in Höhe von 3%. Der Haushalt sieht Ausgaben in Höhe von 7,7 Milliarden Euro vor, 1,1% mehr als 2012. Es wird von Einnahmen im Umfang von 7,5 Milliarden Euro ausgegangen, ein Anstieg um 2,2%... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Wichtigste Entscheidungen des Europäischen Rates



Am 13. und 14. Dezember 2012 einigten sich die 27 Staats- und Regierungschefs auf einen Fahrplan zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf Basis einer vertieften Integration und einer verstärkten Solidarität. Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, soll bis Juni 2013 Vorschläge unterbreiten zur Koordinierung der nationalen Reformen, zur sozialen Dimension der WWU, zu den Verträgen zu Wettbewerb und Wachstum und zur Vollendung des Binnenmarktes. Die Staats- und Regierungschefs sprachen über das europäische Semester 2013 auf Basis des jährlichen Wachstums, das von der Kommission überwacht wird. Darüber hinaus gab es eine Entscheidung für Schritte zur Entwicklung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik; hierüber wird im Dezember 2013 erneut beraten werden... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Freihandelsabkommen zwischen EU und Singapur



Die Europäische Union hat am 16. Dezember 2012 nach mehr als zweijähriger Verhandlungsdauer ein Freihandelsabkommen mit Singapur ausgehandelt. Singapur ist der 13-größte Handelspartner der EU, in dem über 8000 europäische Unternehmen ansässig sind, wie die Europäische Kommission bekannt gab. Die Einigung, die noch von den politisch Verantwortlichen beider Parteien abgesegnet werden muss, kam aufgrund intensiver Verhandlungen zwischen dem europäischen Handelskommissar Karel de Gucht und dem Handelsminister von Singapur, Lim Hng Kiang, zustande. Der Handelsverkehr zwischen der Europäischen Union und Singapur (Waren und Dienstleistungen) beläuft sich auf 74 Milliarden Euro. Zwischen 2009 und 2011 gab es einen Anstieg von 40%; von Seiten der EU besteht ein Außenhandelsüberschuss... [Fortsetzung](#)

Europäisches Gesellschaftsrecht und Corporate Governance



Am 12. Dezember 2012 veröffentlichte die Kommission einen Aktionsplan für einen Rechtsrahmen zur stärkeren Beteiligung von Aktionären und für überlebensfähigere Unternehmen. Die Kommission möchte eine größere Transparenz bei der Unternehmenssteuerung erreichen zur besseren Information der Aktionäre und der Öffentlichkeit wie auch der Unternehmen selbst, die besser über die Politik ihrer Investoren informiert sein sollen. Angestrebt wird auch ein stärkerer Einfluss der Investoren insbesondere bei der Festlegung der Gehälter. Zur Förderung des Wachstums europäischer Unternehmen soll die grenzüberschreitende Tätigkeit erleichtert werden mit dem Schwerpunkt auf kleinen und mittleren Unternehmen... [Fortsetzung](#)

Kommission geht gegen unterschiedliche Besteuerung beim Import von Personenkraftwagen vor



In einer Mitteilung vom 14. Dezember 2012 gibt die Kommission bekannt, dass die fehlende Harmonisierung der Besteuerung im grenzüberschreitenden Handel mit Personenkraftwagen ein Hindernis für den Handel im Binnenmarkt darstelle, aber auch das Risiko der Doppelbesteuerung für Zivilpersonen und Unternehmen mit sich bringe. 2010 machten diese Steuern 1,9% der Gesamtsteuern der Mitgliedstaaten aus. Die Kommission fordert die Einhaltung von Grundregeln und die Verfolgung von "besten Praktiken", insbesondere die Rückzahlung eines Teils der Registrierungssteuer für die Kraftwagen, die dauerhaft von einem Land ins andere transferiert werden...
[Fortsetzung](#)

Parlament :

Grünes Licht vom Europäischen Parlament für die Finanztransaktionssteuer



Am 12. Dezember 2012 stimmten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit 533 gegen 91 Stimmen bei 32 Enthaltungen für den Vorschlag des Rates für eine verstärkte Zusammenarbeit von 11 Ländern im Bereich Finanztransaktionssteuer (Österreich, Belgien, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien). Diese Länder erwirtschaften knapp 90% des BIP der Eurozone... [Fortsetzung](#)

Europäisches Parlament stimmt für Haushalt



Am 12. Dezember 2012 stimmten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für das Haushaltspaket, das die Nachtragszahlungen für den Haushalt 2012 umfasst in Höhe von 6,1 Milliarden Euro, wie auch Zahlungen für 2013 in Höhe von 2,9 Milliarden Euro, ebenso basierend auf einer nachträglichen Einigung und den Haushalt 2013. Der Haushalt 2013 wurde verabschiedet, er umfasst 132,2 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen, 0,99% der nationalen europäischen Bruttoeinnahmen...
[Fortsetzung](#)

Vollendung des digitalen Binnenmarkts



Am 11. Dezember 2012 stimmten die europäischen Abgeordneten für die Empfehlungen eines Berichts, die soziale, wirtschaftliche, technologische und steuerliche Maßnahmen beinhalten, um den elektronischen Handel im europäischen Binnenmarkt weiter auszubauen und seine Vorzüge voll nutzen zu können. Unter anderem wird vorgeschlagen, kleine und mittlere Unternehmen verstärkt zu unterstützen, grenzüberschreitenden Handel zu schützen, insbesondere bezüglich Lieferung und Mehrwertsteuer, eine niedrigere Mehrwertsteuer für elektronische Kulturprodukte und eine bessere Regelungen im Falle von Rechtsstreitigkeiten... [Fortsetzung](#)

Assoziationsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika



Am 11. Dezember 2012 ratifizierte das Europäische Parlament nach fünfjähriger Verhandlungsdauer das Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika (Costa Rica, Guatemala, Honduras, Panama, Nicaragua und Salvador). Das Abkommen soll auf beiden Seiten zu einer Öffnung der Märkte führen und den Zugang europäischer Unternehmen in Schlüsselsektoren für Wachstum und Beschäftigung öffnen. Darüber hinaus ratifizierte das Europäische Parlament ein Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien, das am 26. Juni 2012 unterzeichnet worden war, das einen progressiven Abbau der Zölle für Exporte und Importe vorsieht, wie auch eine Liberalisierung der öffentlichen Märkte und des Dienstleistungssektors. Die Abkommen sollen auch dem besseren Schutz der Menschenrechte und der Sozialrechte dienen, wie auch dem Umweltschutz und der regionalen Integration innerhalb Lateinamerikas... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäisches Patent beschlossen



Am 10. Dezember 2012 einigten sich die 27 EU-Wettbewerbsminister auf die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Patents. Am darauffolgenden Tag stimmten auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für die Einigung, die auch die Sprachregelung

und die Rechtsgrundlagen umfasst. Am gleichen Tag empfahl der Generalstaatsanwalt dem Europäischen Gerichtshof entsprechend seiner Schlussanträge, die Klagen Italiens und Spaniens zurück zu weisen, die sich gegen die Sprachregelung des europäischen Patents richteten (die nur die Sprachen deutsch, englisch und französisch umfasst). Am 17. Dezember stimmten die Minister endgültig für zwei Regelungen, die den Start des europäischen Patents festlegen. Es soll zum 1. Januar 2014 in Kraft treten, nach mehr als 30 Jahren Verhandlungsdauer... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

"Ja, aber" zum Beitrittsstatus Albanien



In einer Resolution vom 13. Dezember 2012 sprechen sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments dafür aus, Albanien den Status eines Beitrittskandidaten zur Europäischen Union zu verleihen. Dies soll jedoch nur unter der Bedingung geschehen, dass Albanien sein Rechts- und Verwaltungssystem wie auch seine Politik reformiert für eine Demokratisierung und Modernisierung des Landes. Albanien soll sich darüber hinaus verstärkt für den Minderheitenschutz einsetzen. Die Parlamentswahlen 2013 werden unter intensiver Beobachtung stattfinden und ein Indikator sein für die Entwicklung der Demokratie im Land... [Fortsetzung](#)

Rat :

Einigung über europäische Bankenaufsicht



Die 27 Wirtschafts- und Finanzminister einigten sich am 13. Dezember 2012 auf zwei Texte, die die Einrichtung einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht vorsehen. Der erste Text betrifft die Einrichtung der Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank, der zweite Text betrifft notwendige Änderungen der bereits bestehenden europäischen Aufsichtsbehörde... [Fortsetzung](#)

Europäisches Patent, Binnenmarkt, Zölle, Innovation und Forschung



Am 10. und 11. Dezember 2012 bestätigten die EU-Forschungsminister das Abkommen bezüglich des einheitlichen europäischen Patents. Sie verabschiedeten darüber hinaus die Prioritäten für das Paket Binnenmarkt II: für integrierte Verkehrs- und Energienetze; grenzüberschreitende Mobilität für Bürger und Unternehmen; Digitalisierung der Wirtschaft und Förderung von sozialem Unternehmertum, insbesondere für mehr Vertrauen auf Verbraucherseite. Die Minister einigten sich auf eine Serie von Maßnahmen im Bereich Zölle: besserer Schutz der Rechte am geistigen Eigentum und Verabschiedung der Grundlagen des Zollprogramms 2014-2020. Darüber hinaus wurde das Programm für Wissenschaft und Forschung 2014-2020 verabschiedet und die strategische Innovationsagenda des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie... [Fortsetzung](#)

Mittlerer Orient, Syrien, Mali



Am 10. Dezember 2012 bereiteten die 27 EU-Außenminister den EU-Russland-Gipfel vor, der am 21. Dezember 2012 stattfinden wird. Sie riefen Israel und Palästina zu einer neuen Zusammenarbeit auf. Nach Meinung der EU-Außenminister kann eine dauerhafte Lösung nur in einer 2-Staaten-Lösung liegen. Die Minister trafen in Bezug auf Syrien den Präsidenten der nationalen Koalition der revolutionären Oppositionskräfte Syriens, Ahmed Moaz Al-Khatib, wodurch dieser als legitimer Vertreter des syrischen Volkes anerkannt wurde. Die Minister zeigten sich sehr besorgt angesichts der Lage in Mali, sie stimmten für das Krisenkonzept zur Vorbereitung eines Einsatzes zur militärischen Ausbildung der Armee in Mali... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Sitz des Europäischen Parlaments bleibt Straßburg

Am 13. Dezember 2012 annullierte der Europäische Gerichtshof eine Entscheidung des Europäischen Parlaments, welches die Sitzungstage im Oktober 2012 und 2013 aufteilen wollte, um die Präsenzpflicht der



Europäischen Abgeordneten in Straßburg zu reduzieren. Entsprechend der Entscheidung des Gerichtshofs müssen alle Sitzungstage in Straßburg stattfinden, da sich hier gemäß der Europäischen Verträge der Sitz des Europäischen Parlaments befindet... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Kein deutsch-schweizerisches Steuerabkommen



Das geplante Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz ist am 12. Dezember 2012 im Vermittlungsausschuss endgültig gescheitert. Zuvor war es Ende November bereits im Bundesrat aufgrund des Widerstands der Opposition abgelehnt worden... [Fortsetzung](#)

Estland :

2 neue Minister in Estland



Der Minister für Soziale Angelegenheiten in Estland, Hanno Pevkur, ist am 10. Dezember 2012 von Präsident Toomas Hendrik Ilves zum neuen Justizminister ernannt worden. Der bisherige Amtsinhaber Kristen Michal war aufgrund von Vorwürfen im Zusammenhang mit illegaler Parteienfinanzierung zurückgetreten. Neuer Minister für Soziale Angelegenheiten wird Taavi Roivas, Vorsitzender des Europaausschusses im estischen Parlament (Riigikogu)... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Haushaltsentwurf 2013 in 2. Lesung von Assemblée Nationale verabschiedet



Am 14. Dezember 2012 wurde in 2. Lesung von den Abgeordneten der Assemblée Nationale der Haushaltsentwurf 2013 verabschiedet. Der Entwurf sieht Steuererhöhungen von 24 Milliarden Euro vor, aufgeteilt auf Privathaushalte und Unternehmen, wie auch Einsparungen in Höhe von 10 Milliarden Euro. Die Entscheidung des Senats ist für den 18.

Dezember 2012 vorgesehen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Litauen :

Neue Regierung in Litauen vereidigt



Am 12. Dezember 2012 leisteten die Mitglieder der neuen litauischen Regierung ihren Amtseid, nachdem das Parlament dem Regierungsprogramm 2012-2016 mit 83 gegen 39 Stimmen bei 9 Enthaltungen seine Zustimmung erklärt hatte. Das Regierungsprogramm ist nach Aussage des Premierministers A. Butkevicius Ausdruck der aktuellen Wirtschafts- und Finanzsituation, es würde mit Erfolg umgesetzt werden. Entsprechend der Wahlergebnisse vom 14. und 28. Oktober 2012 besteht die 16. Regierung Litauens aus Sozialdemokraten (LSDP), der Arbeitspartei (DP), der Partei für Ordnung und Gerechtigkeit (TT) und der Partei der Polnischen Wählerbewegung in Litauen (LLRA). Der Regierung gehören 2 Frauen und 15 Männer an... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Malta :

Auflösung des Parlaments am 7. Januar 2013 und Neuwahlen am 9. März 2013



Am 10. Dezember 2012 stimmten die Abgeordneten des Parlaments von Malta für den Haushaltsentwurf 2013, der von der Regierung eingebracht worden war. Die Regierung, die keine Mehrheit mehr hat, forderte die Auflösung des Parlaments, die am 7. Januar 2013 erfolgen soll, Neuwahlen sind für den 9. März 2013 vorgesehen. Der maltesische Premierminister Lawrence Gonzi erklärte gegenüber Präsident George Abela am 11. Dezember 2012 seinen Rücktritt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Tschechische Republik :

3 neue Minister in Tschechien



Am 12. Dezember 2012 ernannte der tschechische Präsident Vaclav Klaus in einer live im öffentlichen Fernsehen übertragenen Zeremonie Karolina Peake, Vorsitzende der LIDEM-Partei, zur neuen Verteidigungsministerin und Zbynek Stanjura (ODS) zum neuen Verkehrsminister. Petr Mlsna (parteilos) übernimmt den Sitz Karolina Peakes im Legislativrat der Regierung... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Victor Ponta, designierter Premierminister Rumäniens



Der rumänische Präsident Traian Basescu hat am 17. Dezember 2012 den bisherigen Premierminister Victor Ponta mit der Regierungsbildung beauftragt und so den Befürchtungen über eine neue politische Krise Einhalt geboten. Die mitte-links-Koalition unter Führung Pontas (Sozial-liberale Union, USL) hatte am 9. Dezember 2012 die Parlamentswahlen mit fast 60% der Stimmen gewonnen... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Erste Festnahmen in der Libor-Affäre



Am 11. Dezember 2012 wurden drei Personen im Zusammenhang mit Vorwürfen aus der Libor-Affäre festgenommen, wie die Britische Behörde zur Bekämpfung Schwere Betrugs (SFO) in einer Mitteilung bekannt gab. Drei Personen mit britischer Staatsangehörigkeit im Alter von 33, 41 und 47 Jahren sind festgenommen und für Befragungen im Zusammenhang mit Libor-Manipulationen auf ein Polizeirevier in London verbracht worden. Diese ersten Festnahmen markieren eine neue Phase im Kampf der Behörden zur Aufklärung des Skandals, der Ende Juni 2012 bekannt wurde. Zu diesem Zeitpunkt gab die Bank Barclays bekannt, dass sie 290 Millionen Pfund zahlen würde, um die Untersuchungen der britischen und amerikanischen Regulatoren bezüglich der Beeinflussung des britischen Libor und europäischen Euribor zwischen 2005 und 2009 zu beenden... [Fortsetzung](#)

Erlaubnis für Probebohrungen zur Förderung von Schiefergas



Der britische Energieminister gab am 13. Dezember 2012 per Erlass seine Zustimmung für Probebohrungen zur Förderung von Schiefergas durch Fracking, allerdings unter Auflagen zur Vermeidung von seismischen Risiken... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Ukraine: Mykola Asarow erneut Premierminister



Am 13. Dezember 2012 stimmten die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments in einer sehr lebhaften Sitzung erneut für Mykola Asarow als alten und neuen Premierminister. 252 Abgeordnete stimmten für ihn, 226 stimmten gegen ihn. Die Abstimmung sollte eigentlich einen Tag früher stattfinden, sie war jedoch aufgrund von gewalttätigen Übergriffen im Parlament zwischen Regierungsfollowern und der Opposition verschoben worden. Die drei Oppositionsparteien (Allianz Batkiwchtchina, die Julia Timoschenko nahe steht, die Partei Udar des Boxers Vitali Klitschko und die nationalistische Bewegung Svoboda, der über 170 Abgeordnete angehören) teilten mit, dass sie nicht für Asarow gestimmt hätten. In einer Resolution vom 13. Dezember 2012 bedauert das Europäische Parlament, dass "die Parlamentswahlen nicht internationalen Standards entsprochen haben". Das Land müsse seinen Einsatz für wirkliche Demokratie unter Beweis stellen, bevor eine Einigung unterzeichnet werden könne... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

UNO :

Tribunal für Ex-Jugoslawien verurteilt ehemaligen serbischen Kommandanten zu lebenslanger Haft



Am 12. Dezember 2012 wurde der ehemalige stellvertretende Kommandant der serbischen Armee in Bosnien (VRS), Zdravko Tolimir, von dem internationalen Tribunal Ex-Jugoslawien zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Er wurde des Völkermords, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen für schuldig befunden, die er 1995 nach dem Fall der Enklaven in Srebrenica und Zepa in Bosnien-Herzegowina verübte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

0,2% weniger Beschäftigung in der Eurozone und in der EU



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 14. Dezember 2012 veröffentlichte, ist die Zahl der Beschäftigten in der Eurozone und in der Europäischen Union im 3. Quartal 2012 um 0,2% gesunken. Das Baugewerbe ist der Sektor, der am meisten betroffen ist... [Fortsetzung](#)

Niedrigere jährliche Inflationsrate in der Eurozone (2,2%) - EU: 2,4%



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 14. Dezember 2012 veröffentlichte, ist die jährliche Inflationsrate im November 2012 gesunken, auf 2,2% in der Eurozone und auf 2,4% in der Europäischen Union. Die Inflation liegt in Griechenland und Schweden unter 1% und in Ungarn über 5%... [Fortsetzung](#)

Überschuss von 10,2 Milliarden Euro im internationalen Warenverkehr für die Eurozone



Nach neuen Schätzungen von Eurostat kann die Eurozone für Oktober 2012 einen Überschuss im internationalen Warenverkehr verzeichnen in Höhe von 10,2 Milliarden Euro, im Oktober 2011 gab es ein Defizit in Höhe von -0,7 Milliarden Euro. Im Oktober 2012 gingen die Exporte im Vergleich zum Vormonat nach saisonal bereinigten Zahlen um 1,4% zurück, während Importe um 0,6% zunahmen. Die Europäische Union muss für Oktober 2012 ein Defizit in Höhe von 9,4 Milliarden Euro verzeichnen, gegenüber -11,3 Milliarden Euro im Oktober 2011. Im Oktober 2012 gingen die Exporte im Vergleich zum Vormonat nach saisonal bereinigten Werten um 1,7% zurück, während Importe um 0,3% zunahmen... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Eurozone: Sofortmaßnahmen für eine effiziente Steuerung



Der Think Tank "Synopia" (eine Vereinigung von Europa-Spezialisten, spezialisiert auf Vorschläge zur neuen Steuerung) erörtert in einem Beitrag vom 10. Dezember 2012 vier Serien an Sofortmaßnahmen zur Reform der Arbeitsweise innerhalb der Europäischen Union, die sofort umgesetzt werden könnten, ohne dass hierfür die Verträge geändert werden müssten. Den Vorschlägen entsprechend sollte die Eurogruppe basierend auf einer deutsch-französischen Initiative einen Vollzeit-Präsidenten erhalten, der Sprecher der Eurozone und Mittelpunkt der vertieften Abstimmung über die Wirtschaftspolitik sein sollte und der über eine starke politische Autorität verfügen müsste; auf den Gipfeltreffen der Eurozone sollten die entscheidenden Richtungen der nationalen Politiken diskutiert werden; die Kommission sollte ihre statistischen Werkzeuge stärken und jene aus den letzten Jahren vereinfachen und ihre Rolle als unabhängiges Organ wahrnehmen, notwendig für die bessere Abstimmung der nationalen Politiken; und abschließend sollten die nationalen Parlamente besser in die europäischen Entscheidungen ihrer Regierungen einbezogen werden, wie auch in die Arbeit des Präsidenten der Eurogruppe und die Entscheidungen sollten ausdrücklich im Format der Eurogruppe erfolgen... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rechnungshof zufrieden mit follow-up

Die Europäische Kommission hat entsprechend eines Berichtes des Europäischen Rechnungshofs vom 14. Dezember 2012 die große



Mehrzahl der Empfehlungen des Rechnungshofes berücksichtigt und umgesetzt. Der Bericht erschien unter dem Titel: "Follow-up of the European Court of Auditors' Special Reports". Er widmet sich der Frage der Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes, die dieser in sieben Sonderberichten zwischen 2003 und 2009 veröffentlichte. Der Rechnungshof hebt die Verbesserungen im Management in einigen Bereichen des europäischen Haushalts positiv hervor... [Fortsetzung](#)

Warum es in Deutschland nicht mehr Kinder gibt



Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung veröffentlicht eine neue Studie zur demographischen Entwicklung in Deutschland und zu den Gründen für die rückläufigen Kinderzahlen seit den 70er Jahren in Deutschland (unter dem Titel: (Keine) Lust auf Kinder?). Die Gründe sind vielfältig und nicht für ganz Deutschland die gleichen. Zum Teil wird der beruflichen Karriere der Vorrang gegeben, da - vor allem in Westdeutschland - nach wie vor die Vereinbarung von Beruf und Kindern unmöglich erscheint... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

Die Krim zwischen Russland und Ukraine



In der Reihe "La Collection Voisinages européens" erscheint mit Unterstützung der Robert Schuman Stiftung ein Buch von Emmanuelle Armandon mit dem Titel "La Crimée entre Russie et Ukraine, un conflit qui n'a pas eu lieu" ("Die Krim zwischen Russland und der Ukraine, ein Konflikt, der nicht stattgefunden hat"). Der Autor analysiert die secessionistische Bewegung in der Region zu Beginn der 1990er Jahre und die Bedeutung der "Krim-Frage", die eine Bedrohung für die Stabilität der jungen Ukraine war und ihre Auswirkungen auf die Beziehungen zu Russland... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Neujahrskonzert 2013



Das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker 2013, das beliebteste Klassikkonzert des Jahres, wird zum 2. Mal unter der Leitung des Dirigenten Franz Welser-Möst stattfinden, der auch Musikdirektor der Wiener Staatsoper und des Orchesters von Cleveland ist. Wie jedes Jahr werden auch im Januar 2013 Plätze verlost für das Neujahrskonzert 2014 (vom 2. bis zum 23. Januar 2013 ist die Lotterie geöffnet)... [Fortsetzung](#)

Agenda :



17. Dezember
Brüssel
Ratstreffen "Umwelt"



18. - 20. Dezember
Brüssel
Ratstreffen "Landwirtschaft und Fischerei"



20. und 21. Dezember
Brüssel
Ratstreffen "Verkehr, Telekommunikation und Energie"



21. Dezember
Brüssel
EU-Russland-Gipfel

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Pierre Thibaudat ;
Audrey Gahéry, Louis Hancisse, Pierre-Yves Luminet,
Gaudérique Traub, Laurene Vernet

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}